

BULGARIEN

CHRISTA THOBEN

Januar 2007

www.kas.de/bulgarienwww.kas.de

"Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Bulgarien - Zustand und Perspektiven"

REFERAT VON CHRISTA THOBEN, DER MINISTERIN FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Sehr geehrte Damen und Herren, seit dem 1. Januar 2007 gehört die Republik Bulgarien zu dem mittlerweile 27 Mitglieder umfassenden Staatenverbund der Europäischen Union. Es ist kein Geheimnis, dass es im Europäischen Parlament auch Vorbehalte gegen den EU-Beitritt der beiden letzten Länder der sog. 5. Beitrittsrunde gab.

Auch Nordrhein-Westfalen und Bayern haben im September 2006 deutlich gemacht, dass es keinen Beitrittsautomatismus mehr geben darf und haben eine entschlossene Umsetzung der im Beitrittsvertrag vorgesehenen Übergangs- und Schutzbestimmungen gefordert. Aber - meine sehr geehrten Damen und Herren - gerade vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung für die Aufnahme Bulgariens in die EU umso ehrlicher und wertvoller, weil sie sehr bedacht geschah. Damit wurden die Anstrengungen der bulgarischen Regierung und die Bemühungen und Hoffnungen der bulgarischen Bevölkerung anerkannt, ohne zu verkennen, dass es noch weiterer Anstrengungen bedarf, die ich hier nicht ausführen muss. Zeitgleich mit dem Beitritt Bulgariens zur EU hat Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union übernommen. Bundesaußenminister Steinmeier hat Bulgarien am 1. Januar 2007 nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern im Namen aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union begrüßt. Dabei lobte er ausdrücklich den gewaltigen Reformschub, den beide

Länder hinter sich haben. Er unterstrich auch die Auffassung, dass Europa noch sicherer geworden ist.

Der Termin für meine Reise nach Sofia auf Einladung des bulgarischen Wirtschaftsministers, Herrn Ovcharov, war mit Bedacht ausgewählt: erhält Nordrhein-Westfalen als das bedeutendste deutsche Bundesland dadurch doch die Chance, einer der ersten Gratulanten zu sein. Bei dieser Reise knüpfe an eine Tradition an, die vor vielen Jahren mit humanitären Projekten begann. Aber bereits 1997 war der damalige nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister (Clement) mit einer Wirtschaftsdelegation in Bulgarien. Die damalige Reise hatte die Schwerpunkte: Energie, Telekommunikation, Textil und Maschinenbau. Wenn wir uns heute anschauen, welche Firmen gerade aus NRW in Bulgarien aktiv sind, kann festgehalten werden, dass sich die Reise für beide Seiten gelohnt hat.

Für ebenso erwähnenswert halte ich den Umstand, dass sich infolge dieser Reise eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Tourismusbereich ergeben hat. Wir haben Fach- und Führungskräfte aus dem Tourismus nach Nordrhein-Westfalen geholt und dort geschult. Heute blüht der Tourismus in Bulgarien mit ca. 580.000 deutschen Touristen pro Jahr. Erlauben Sie mir ganz unbescheiden zu sagen: wohl auch wegen der Unterstützung aus NRW. Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob der Massentouris-

mus erstrebenswert ist oder nicht. Fakt ist aber, dass der Tourismus erstens dringend benötigtes Geld in Kassen bringt, das z. B. für den Aufbau der notwendigen Infrastrukturen im Bereich Wasserver- und Entsorgung sowie im Bereich Abfallentsorgung oder Straßenbau nicht nur sinnvoll eingesetzt werden kann. Bulgarien hat gerade im Bereich Umwelt einen immensen Nachholbedarf, der auch aus Sicht der Europäischen Union rasch überwunden werden muss. Hier kann die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens wiederum mit ihrem Know-how gerade bei der Entwicklung und beim Bau von Kleinkläranlagen und beim Aufbau von Mülldeponien in beiderseitigem Interesse Hilfestellung leisten.

Ferner trägt der Großteil der Touristen dazu bei, dass sich die Menschen kennenlernen, gegenseitige Vorurteile abgebaut werden und man füreinander Verständnis entwickelt. Das ist gerade im vereinten Europa sehr wichtig. Bulgarien versucht einen sanften Tourismus aufzubauen. Nordrhein-Westfalen wird prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, auch hier im beiderseitigen Interesse zusammen zu arbeiten. Das beiderseitige Interesse ist bezogen auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer Länder das herausragende Element. So wie Bulgarien nicht an Allgemeinplätzen interessiert ist, sucht auch Nordrhein-Westfalen die gegenseitigen Vorteile. Bulgarien braucht Know-how, unsere Firmen haben es und unterstützen dabei den wirtschaftlichen Aufschwung in Bulgarien aber sichern auch Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Bereits 2001 wurden erste Schwerpunkte einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit fixiert, die dann im Oktober 2002 in einer Gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten wurden. Dabei handelte es sich um die Bereiche Food-Processing, Verkehr und Logistik sowie allgemeine Wirtschaftsthemen. Unser erfolgversprechendster Ansatz ging damals von der Food-Processing Initiative aus: Die Absicht lag darin, über die Initiative und ihre Mitglieder sowie die Branchenunternehmen aus NRW Know-how aus dem Bereich Lebensmitteltechnologie, Landtechnik und Zertifizierung nach Bulgarien zu bringen. Mit diesem Know-how, bzw. dieser

Technik ausgestattet, sollte Bulgarien in der Lage sein, seine hervorragenden Lebensmittelprodukte in die EU einzuführen. Das war nach dem weitgehenden Wegfall der Russischen Föderation als Absatzmarkt dringend notwendig.

Im Bereich Verkehr und Logistik lag unser gemeinsames Augenmerk in der Transporttechnik und in der Schaffung von Strukturen im Logistikbereich. Dies betraf sowohl die Sicherung von Fahrtwegen, z. B. Schienentechnik, Signalanlagen sowie die Beschaffung bzw. Aufarbeitung von Schienenfahrzeugen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht war aber vor allem der Aufbau eines Transportnetzes einschließlich der notwendigen Logistikstandorte/-Unternehmensstrukturen von besonderer Bedeutung. Heute sind Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen, Chemische Erzeugnisse Schwerpunkte des Exportes aus NRW nach Bulgarien. Der Import aus Bulgarien wird heute geprägt aus Bekleidung, Eisen- und Stahlerzeugnisse sowie Maschinen.

Statistik ist im Rahmen von Vorträgen immer unangenehm. Dennoch kann ich Ihnen diesen Punkt nicht ersparen, wenn wir über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen NRW und Bulgarien sprechen. 1996 hatten wir den Tiefpunkt der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern mit einem Außenhandelsvolumen von insgesamt 176,8 Mio. EURO. Bereits 1997 stabilisierte sich das Volumen wieder auf 244,7 Mio. EURO. 2005 hatten wir einen Außenhandel in Höhe von 615,3 Mio. EURO (zum Vergleich Niederlande: 33,8 Mrd. EURO). Damit gehört Bulgarien nicht zu den wichtigsten Außenhandelspartnern Nordrhein-Westfalens. Aber die Zuwachsraten, die beim Export in den Jahren 2004 und 2005 bei 24 bzw. 26 % lagen, zeigen ein gutes Potential.

Wie können die Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit aussehen?

Es ist kaum vorstellbar, dass es vor dem Hintergrund der Handelszuwächse der letzten Jahre so weiter gehen kann. Aber die Zahlen mit den Staaten, die 2004 der EU beigetreten waren, zeigen, dass es durch-

aus noch Steigerungen geben kann. Dafür spricht auch dass die Wirtschaftskraft je Einwohner zwischen Bulgarien und dem "alten Europa" sich sehr deutlich unterscheiden. So hatte Bulgarien im Jahr 2005 ein BIP pro Kopf der Bevölkerung von 2.744 EURO. In NRW betrug lag die entsprechende Zahl bei 27.080 EURO. D. h., hier liegt nicht nur ein immenses Potential für das Wirtschaftswachstum in Bulgarien, sondern auch für den internationalen Handel.

Bis dahin ergeben sich aufgrund der niedrigen Löhne, dem gut ausgebildeten Personal, dem hohen Investitionsbedarf der bulgarischen Wirtschaft viele Chancen, insbesondere in lohnintensiven Wirtschaftsbereichen. Nach 40 Jahren SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen steht die im wesentlichen von der CDU getragene Landesregierung vor der Notwendigkeit, große Teile der bisherigen Politik neu zu strukturieren. Das ist eine Aufgabe, die langen Atem verlangt, weil immer wieder auch in bestehende Privilegien eingegriffen werden müssen.

Die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft mit Leistungsbereitschaft und Solidarität gewinnen an Bedeutung. Bürokratieabbau insbesondere durch die Gestaltung einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung ist hierbei besonders herausragend. Es geht um Entlastung für einzelne Bürger, für Institutionen, Verbände und Unternehmen. Die Freigabe von Ladenöffnungszeiten, die Errichtung von Startercentern NRW, die Aufhebung des Tariftreuegesetzes, sind hierfür ein Beispiel. Die Schaffung von mittelstandsfreundlichen Vergabeverfahren bei Ausschreibungen ist ein ganz wichtiges Thema der Zukunft. Die Mittelstandsförderung wird übersichtlich bei der NRW-Bank als zentrale Struktur- und Förderbank konzentriert. Die NRW-Bank hat mit der Encourage Bank ein Kooperationsabkommen über Informationsaustausch und Finanzierungsberatung von KMU abgeschlossen.

Auch die Außenwirtschaft unterlag und unterliegt noch diesem Prozess der Umstrukturierung. Die jetzige Landesregierung besinnt sich auf die Grundaufgaben des Staates. D. h., die Stärkung von Eigeninitiative und Selbstverantwortung werden voran ge-

trieben. Wenn wir der Auffassung sind, andere können die bisher allumfassend von der Landesregierung wahrgenommen Aktivitäten genauso gut oder gar besser unternehmen, so ziehen wir uns zurück, ohne unsere wirklichen Aufgaben aus dem Blick zu verlieren. Was liegt da näher, als die Aktivitäten den verfassten Einrichtungen der Wirtschaft zu überlassen, den Kammern?

Deshalb haben wir entschlossen, Incoming- und Outgoingaktivitäten im Bereich der Außenwirtschaft zu trennen. Die bisherige landeseigene Wirtschaftförderungsgesellschaft konzentriert sich künftig als "NRW-Invest" auf die Vermarktung des Standortes Nordrhein-Westfalen und die Suche nach Investoren. Für das Outgoing haben die Industrie- und Handelskammern in NRW gemeinsam mit den Handwerkskammern und der NRW-Bank eine neue Gesellschaft gegründet: die NRW-International. Diese Gesellschaft wird künftig die Außenwirtschaftsaktivitäten in Nordrhein-Westfalen wirtschaftsnah koordinieren und bündeln. Es freut mich, dass es im Rahmen dieser Reise bereits gelungen ist, die künftige Arbeitsteilung zwischen Politik und Wirtschaft zu erproben - wie ich finde erfolgreich zu probieren. Natürlich wird diese neue Struktur der Außenwirtschaft sich auch auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bulgarien auswirken. Jetzt kommen wir wieder auf den gegenseitigen Nutzen zu sprechen, auf den ich bereits am Anfang meiner Rede hingewiesen habe. Künftig trifft die Politik die Entscheidung mit wem wir in der Außenwirtschaft eng zusammen arbeiten, wo wir hinfahren und welche Projekt wir befördern, nicht mehr am Grünen Tisch, sondern lassen uns hierüber beraten.

Natürlich sehen wir das Potential, dass in der bulgarischen Wirtschaft steckt. Wir sehen die Möglichkeiten, die sich aus den Notwendigkeiten Bulgariens zum Aufbau funktionierender Infrastrukturen ergeben und sehen die finanziellen Möglichkeiten und die wirtschaftlichen Chancen. D. h., wir werden auch künftig als verlässliche politische Ansprechpartner zur Verfügung stehen, aber der Umfang der Zusammenarbeit wird erheblich von der Wirtschaft mitbestimmt.